

Gastkolumne

Der dritte Weg im Kampf gegen den Klimawandel

Weder Strassenblockaden noch internationale Konferenzen sind sehr wirkungsvolle Instrumente. Es gibt eine bessere Methode



Caspar Hirschi

Wenn die Erderwärmung gebremst werden soll, braucht erst einmal die Klimapolitik eine Abkühlung. Zurzeit funktioniert sie wie ein Motor, der im Leerlauf zum Glühen gebracht wird. Die politische Rhetorik, egal ob sie von Suppenschleudern in Museen, Leuten mit Leim an den Händen oder vom Uno-Generalsekretär kommt, ist vor lauter Endzeiterwartung am Überhitzen. Derweil treten die globalen Klimakonferenzen, die jedes Jahr als letzte Chance für die Menschheit angekündigt werden, an Ort und Stelle. Vor den Mikrofonen wird der Notstand ausgerufen, am Verhandlungstisch Zeit gekauft. Der Schacher um die Reduktion von Treibhausgasen gehorcht dem Gesetz eines Unterbietungswettbewerbes. Wer sich zu nichts verpflichten lässt, hat gewonnen. Mittlerweile folgt auf jede Episode des schrillen Stillstandspektakels eine ebenso erwartbare Reaktion: Die Enttäuschung findet ein mediales Ventil in Entrüstungssalven über eine gekaufte Politik, die mehr den Einflüsterungen der Erdöllobby als den Warnrufen aus der Wissenschaft folge. In klimabewegten Kreisen macht sich eine Politikverdrossenheit breit, die sich von der populistischen Verachtung für das «korrupte Establishment» nur noch darin unterscheidet, dass sie ihre Anklage nicht im Namen

des Volkes, sondern der Wissenschaft erhebt. Entsprechend sucht die Klimabewegung ihr Heil immer mehr in Aktionen des zivilen Ungehorsams, um von aussen den Druck auf das politische System zu erhöhen. Wenn es die Notstandssprache nicht tut, muss es die Verzweiflungstat richten. In dieser Haltung steckt eine Realitätsverweigerung der anderen Art. Sie betrifft nicht das natürliche, sondern das gesellschaftliche Klima. Wenn die akuten Krisen der Gegenwart etwas gezeigt haben, so ist es das überwältigende Bedürfnis nach Normalität. Ein Ausnahmezustand lässt sich nur durchsetzen, wenn eine unmittelbare Gefahr besteht, und auch dann kann er bloss für kurze Zeit aufrechterhalten werden. Der Wille zur Wiederaufnahme vertrauter Routinen ist so gross, dass er sich sogar Bahn bricht, wenn die Gefahr noch da ist. Was wir selber in der Pandemie erlebt haben, können wir noch eindrücklicher im Ukraine-Krieg sehen. Um das Morden und Zerstören zu bewältigen, legen die Betroffenen möglichst rasch einen Schein von Normalität über ihren verrückten Alltag. Wie aber sollen Menschen, wenn sie selbst akute Notlagen normalisieren, bei einer schleichenden Gefahr wie dem Klimawandel einen jahrzehntelangen Ausnahmezustand auf sich nehmen? Die Klimabewegung beschwört eine gesellschaftliche Unmöglichkeit. Sie kann die Worst-Case-Szenarien der Erderwärmung noch so einprägsam einhämmern, es wird ihr nicht anders ergehen als den christlichen Endzeitpropheten von einst, die reuige Sünder zur Umkehr bewegen wollten. Selbst dann, wenn sich Menschen im Angesicht des Weltuntergangs wähten, gingen sie weiter ihren täglichen Verrichtungen nach.



Die vielleicht wichtigste Weiche zur Energiewende in der Schweiz haben kürzlich zwei Ständeräte aus der CVP und der FDP, ein Nationalrat aus der SVP und ein ehemaliger SP-Parteipräsident gestellt.

Ähnlich realitätsfern sind die hohen Erwartungen, die Jahr für Jahr in die Uno-Klimakonferenz gesetzt werden. Das globale Gipfeltreffen kann diese Erwartungen nur enttäuschen, und es braucht dafür gar keine Erdöllobby. Die jährlich stattfindenden Klimakonferenzen wurden Mitte der neunziger Jahre eingerichtet, als der Glaube an globale Lösungen für globale Probleme im Zeichen der Pax Americana auf dem Höhepunkt stand. Der Glaube hat heute kaum eine Grundlage mehr, und nichts verdeutlicht dies besser als die fortdauernde Selbstverzweigung Chinas zum «Entwicklungsland», um sich als grösste CO₂-Schleuder der Welt in der Systemkonkurrenz mit den USA nicht zu schwächen. Was also bleibt klimapolitisch engagierten Zeitgenossen ausser der Verzweiflung? Das demokratisch Naheliegendste und Wirkungsvollste: in eine Partei gehen und selber Politik machen - von der eigenen Gemeinde an aufwärts. Um klimapolitisch weiterzukommen, muss es nicht einmal eine der Grünen Parteien sein. Die vielleicht wichtigste Weiche zur Energiewende in der Schweiz haben kürzlich zwei Ständeräte aus der CVP und der FDP, ein Nationalrat aus der SVP und ein ehemaliger SP-Parteipräsident gestellt. Der Solar-Coup von Beat Rieder, Ruedi Noser, Albert Rösti und Peter Bodenmann zeigt, dass mit pragmatischem Optimismus aus dem Innern der demokratischen Institutionen heraus noch immer am meisten bewegt werden kann. Um die dicken Bretter der Klimapolitik zu bohren, muss man Sesselkleber im Bundeshaus, nicht Strassenkleber im Abendverkehr werden.

Caspar Hirschi ist Professor für Allgemeine Geschichte an der Universität St. Gallen.